

Magistratsvorlage

Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Eingang Magistrats- geschäftsstelle: 04.11.2021	an den Magistrat ☐ zur Kenntnis ☒ zur Beschlussfassung	Beteiligt vor Magistratsbeschlussfassung:
Dezernat I Amt: Bürger- und Ordnungsamt	an die Stadtverordnetenversammlung ☐ OBW zur Befassung ☒ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung ☐ zur abschließenden Beschluss- fassung Fachausschuss Behandlung in Ja Nein öffentl. Sitzung ☒ ☐	Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung Datenschutzbeauftragte ☐ OBW bei abschl. Beschlussfassung Magistrat
Verteiler:	Ja Nein Internetfähig ☒ ☐	Vorlage-Nr. 2021/0349 Magistratsbeschluss-Nr.
Produkt-Nr.: 12 20 90 Kostenstelle: 032-005-1000 Kostenträger: 1220-91 Investitionsnummer: Sachkonto: 6179850, 6179050		

Betreff: Durchführung einer Bürger*innenumfrage in der Wissenschaftsstadt Darmstadt im
Rahmen des Projektes KOMPASS

Vorlage vom: 28.10.2021

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat stimmt der Durchführung einer Bürger*innenumfrage im Rahmen des
Projektes KOMPASS zu.

Anlagen: 211014_Bürger*innenbefragung KOMPASS Kurzfragebogen Uni Gießen_15.3
20211014_Anschreiben Befragung Sicherheitslage Darmstadt (KOMPASS)_15.3

Datenschutzrelevante Anlage: ☐

Folgekosten: ☐ Ja ☐ Nein

Beschluss des Magistrats vom

Begründung zur Magistratsvorlage vom 28.10.2021

Mit Beschluss des Magistrats vom 11.9.2019 ist die Wissenschaftsstadt Darmstadt der Initiative KOMPASS (**KOM**unal**Pro**gramm**S**icherheits**S**iegel) des Landes Hessen beigetreten. Am 4.9.2020 wurde der Wissenschaftsstadt Darmstadt durch den Hessischen Innenminister, Herrn Peter Beuth, das Begrüßungsschild zur Teilnahme am Projekt KOMPASS überreicht und damit der formale Startschuss für die Durchführung gegeben.

Der Ablauf des Projektes KOMPASS erfolgt in mehreren Phasen. Zunächst sind alle relevanten Daten zur Sicherheitslage zu sammeln. Anschließend sind auf dieser Datengrundlage konkrete Maßnahmen zu definieren und in einem letzten Schritt werden die definierten Maßnahmen umgesetzt.

Die Sammlung der Daten erfolgt über drei Komponenten, indem einerseits die vorhandenen Informationen bei der Stadt Darmstadt, die beispielsweise durch die regelmäßigen Bürger*innenumfragen gewonnen wurden, andererseits die bei der Landespolizei vorhandenen Daten und zum Dritten konkrete zur Sicherheitslage und zum Sicherheitsgefühl bei den Bürgerinnen und Bürger abgefragte Informationen zusammengetragen werden.

Die Abfrage der Informationen aus der Bürgerschaft kann sowohl in einer Sicherheitskonferenz als auch durch eine Bürger*innenumfrage erfolgen. Aufgrund der aktuellen Pandemie soll zunächst eine zielgerichtete Sicherheitsbefragung durchgeführt werden. Im Frühjahr 2022 ist, falls es die Pandemie bis dahin zulässt, zusätzlich die Durchführung einer Sicherheitskonferenz geplant.

Die Durchführung von Bürger*innenbefragungen fällt in den ausschließlichen Zuständigkeitsbereich der Abteilung Statistik und Stadtforschung im Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung. In Absprache mit dieser Abteilung sollte nach der ursprünglichen Planung die Auswertung der Sicherheitsbefragung durch die Justus-Liebig Universität Gießen in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Clemens Lorei von der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung erfolgen. Von dort wurde ein allgemeiner Fragebogen entwickelt, der bereits in einigen anderen Städten zur Anwendung kam. Bei einer Recherche durch die Abteilung Statistik und Stadtforschung stellte sich heraus, dass der Fragebogen, welcher von der UNI Gießen verwendet wird, an einem Punkt eine Fragestellung beinhaltet, die als rassistisch angesehen werden kann. In zwei Städten hatte es diesbezüglich bereits entsprechende Hinweise in der Presse gegeben.

Eine diesbezügliche Nachfrage bei Prof. Lorei ergab die Auskunft, dass die Möglichkeit einer rassistischen Auslegung der Fragestellung nicht gesehen und ein Abweichen von dem Fragenkatalog oder eine Abänderung auch nur einzelner Fragen ausgeschlossen werde. Für die Wissenschaftsstadt Darmstadt wurde daraufhin entschieden, auf einen eigenen, kurzen Fragebogen zurückzugreifen, der im Rahmen des KOMPASS-Projekts ebenfalls zur Verfügung steht und mit welchem das Ziel der Befragung ebenfalls erreicht werden kann.

Ziel der Befragung ist es, Angsträume zu identifizieren sowie solche Bereiche auf dem Gebiet der Wissenschaftsstadt Darmstadt zu erkennen, an denen ein subjektives Unsicherheitsgefühl besteht und sich Personen, die einen solchen Bereich passieren, tendenziell unwohl fühlen. Der insoweit entwickelte Fragebogen wurde zwischenzeitlich mit der für KOMPASS zuständigen Stelle bei der Landespolizei abgestimmt. Dieser ist in der Anlage ebenso beigelegt wie das Anschreiben, mit welchem der Fragebogen versandt werden soll.

Die Bürger*innenbefragung wird als repräsentative Umfrage durch Ziehung einer Stichprobe aus dem Melderegister durchgeführt werden. Die Rückläufe der Umfrage werden in der abgeschotteten Statistikstelle im Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung unter Berücksichtigung der entsprechenden Datenschutzbestimmungen ausgewertet. Die Ergebnisse werden sodann dem Bürger- und Ordnungsamt zur Interpretation zur Verfügung gestellt und dienen als Grundlage für die Beschreibung von einzelnen, erforderlichen Maßnahmen.

Eine Abstimmung mit dem Datenschutz fand statt. Durch die städtische Datenschutzbeauftragte wurde der Hessische Datenschutzbeauftragte kontaktiert. Von letzterem erfolgte die Anregung, dass in Frage 4 die Angaben zu den Örtlichkeiten mittels eines Antwortfeldes vorgegeben werden sollten (z. B. Bahnhof, Parkanlage, Einkaufsstraße, Unterführung etc.), da hier sonst die Gefahr bestehe, dass an dieser Stelle bei einer freien Beantwortbarkeit personenbezogene Angaben zu Dritten (z.B. konkrete Lokalitäten, Adressanschriften, etc.) gemacht werden könnten.

Der Anregung einer Abänderung der Frage 4 folgt das Fachamt jedoch nicht, da durch vorgegebene Antwortfelder das Ziel der Frage, bestehende Angsträume abzufragen, konterkariert würde. Wenn lediglich konkrete Vorgaben von möglichen Angsträumen ankreuzbar sind, fehlt jegliche Möglichkeit, bisher noch nicht bekannte Örtlichkeiten zu erfahren. Im Übrigen erfolgt die Auswertung des Fragebogens anonymisiert in der abgeschotteten Statistikstelle des Amtes für Wirtschaft und Stadtentwicklung. Von dort werden nur aggregierte Ergebnisse weitergegeben, die einen Rückschluss auf einzelne Personen verhindern. Demgemäß hat auch die Abteilung Statistik und Stadtforschung dem Fragebogen und dem Vorgehen zugestimmt.

Der Magistrat stimmt dem in der Anlage beigefügten, für die Befragung vorgesehenen Fragebogen zu und beauftragt das Bürger- und Ordnungsamt, die für die Umfrage erforderlichen Adressen an die abgeschottete Statistikstelle im Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung zu übermitteln.

Außer dem personellen Einsatz der jeweils Beteiligten entstehen bei der Durchführung der Befragung neben Materialkosten lediglich Kosten für das Versenden der Fragebögen sowie für die der Rückumschläge. Die insoweit notwendigen Haushaltsmittel sind unter der Kostenstelle 032-005-1000 vorhanden.

Es ist geplant, die Umfrage nach der Zustimmung des Magistrats im November und Dezember 2021 durchzuführen.

Darmstadt, 28.10.2021

Dezernat I

Jochen Partsch
Oberbürgermeister